

Große Anfrage der Fraktion der CDU

Wie bringen wir Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Bezahlbarkeit in der bremischen Energieversorgung zusammen?

Der Beginn des völkerrechtswidrigen Krieges Russlands gegen die Ukraine markierte eine Zäsur nicht nur in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, sondern auch in der Energiepolitik Deutschlands. Die Reduktion der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern wird nun im Vergleich zur jüngsten Vergangenheit nicht nur aus einer klimaschutzpolitischen Perspektive, sondern verstärkt und vorwiegend auch aus der Perspektive der Versorgungssicherheit diskutiert. Denn Deutschland bezieht rund 55 Prozent seiner fossilen Gasimporte aus Russland, bei Kohle sind es rund 50 Prozent, bei Rohöl rund 35 Prozent. Da Russland seine Energielieferungen nach Europa und Deutschland nach Belieben ganz oder teilweise jederzeit abstellen kann und weitere Sanktionen gegen Russland angesichts der dramatischen Situation nicht ausgeschlossen werden können, ist es notwendig, die Energieabhängigkeit Deutschlands und Europas von russischen Energieimporten zügig zu reduzieren.

Vor diesem Hintergrund stellt sich auch die Frage, welche Auswirkungen der Ukraine-Krieg auf die Energieversorgungssicherheit im Land Bremen hat und welche Maßnahmen der Senat kurz-, mittel- und langfristig implementieren muss, um die Resilienz des bremischen Energiesystems zu erhöhen sowie den klimaschutzpolitischen Zielsetzungen und der Bezahlbarkeit der Energie für Bürgerinnen und Bürger sowie Wirtschaft Rechnung zu tragen. Der rot-grüne und nun rot-grün-rote Senat hat in den vergangenen Jahren massiv die Chance verschlafen, notwendige Weichenstellungen beim Ausbau der erneuerbaren Energien, der energetischen Gebäudesanierung und dem Ausbau des Umweltverbundes vorzunehmen, die die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern im Land Bremen reduzieren würden. Dieser Umstand wirkt sich in der gegenwärtigen Situation dramatisch auf die Bezahlbarkeit von Energie bei privaten Akteuren und Wirtschaft aus.

Deshalb müssen notwendige Maßnahmen in Vorbereitung auf den kommenden Winter und für die mittel- und langfristige Steigerung der Resilienz und der Klimafreundlichkeit der Energieversorgung nun auch im Land Bremen zügig vorbereitet und implementiert werden. Dazu gehören unter anderem ein schneller Ausbau der Solar- und Windkraft, ein zügiger Wasserstoffhochlauf, das Vorantreiben energetischer Sanierungen und der Wärmewende im Land Bremen. Die Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“ hat mit ihrem Abschlussbericht (Drucksache 20/1345) konkrete Handlungsempfehlungen dafür geliefert. Nur so besteht die Chance, dass die von der Kommission empfohlenen und politisch vereinbarten Klimaziele, die CO₂-Emissionen des Landes Bremen bis 2030 um 60 Prozent gegenüber 1990 zu senken und bis 2038 klimaneutral zu werden, tatsächlich erreicht werden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie hoch sind die Anteile der verschiedenen Energieträger an der Primärenergieerzeugung und am Primärenergieverbrauch im Land Bremen? (Bitte die absoluten Zahlen und die prozentualen Anteile für die letzten

zehn Jahre nennen und die Anteile verschiedener erneuerbarer Energien [Wind, Sonne et cetera] explizit ausweisen.)

2. Wie hoch sind die Anteile verschiedener Energieträger derzeit an der Bruttostromerzeugung und dem Stromverbrauch im Land Bremen und wie haben sie sich in den letzten zehn Jahren entwickelt? (Bitte die absoluten Zahlen nennen und die Anteile verschiedener erneuerbarer Energien [Wind, Sonne et cetera] explizit ausweisen.)
3. Wie hat sich der Erdgasabsatz im Land Bremen in den letzten fünf Jahren nach Abnehmern beziehungsweise Verbrauchergruppen (Stromerzeugung, Haushalte, Industrie, Fernwärme, GHD, Verkehr) entwickelt? (Bitte die Zahlen mit und ohne Stahlindustrie darstellen.) Wie verändert sich diese Verteilung, wenn man die Saisonalität des Erdgasverbrauches berücksichtigt? Welche Entwicklungstrends in Bezug auf die Nachfrage erwartet der Senat beim Erdgas bis 2030, 2033 und 2038 bei diesen Verbrauchergruppen?
4. Welche Strategien und Pläne verfolgt der Senat, um eine versorgungssichere, klimafreundliche und bezahlbare Energieversorgung im Land Bremen sicherzustellen? Wie haben sich seine Strategien und Pläne vor dem Hintergrund der steigenden Energiepreise und der aktuellen Diskussion um die Energieversorgungssicherheit in Deutschland geändert?
5. Wie und in welchen Gremien stimmt sich das Land Bremen mit dem Bund und den anderen Bundesländern in der gegenwärtigen Krisensituation zum Thema Energieversorgungssicherheit ab? Wie bewertet der Senat diese Zusammenarbeit?
6. Wie will der Bund nach Kenntnis des Senats die Bundesländer und Kommunen bei der kurzfristigen Finanzierung der Maßnahmen zur Stärkung der Energieversorgungssicherheit unterstützen? Wie setzt sich der Senat auf Bundesebene dafür ein?
7. Wann und wie lange jeweils mussten in den Netzbereichen von Bremen und/oder Bremerhaven während der letzten fünf Jahre Lastabwürfe nach den Netz- und Systemregeln der deutschen Übertragungsnetzbetreiber (5-Stufen-Modell) durchgeführt werden, um einen Netzzusammenbruch zu vermeiden? Wann und wie lange mussten Kraftwerksblöcke oder ganze Kraftwerke vom Netz genommen werden? Was waren die Ursachen?
8. Wie viel Prozent der Behörden, öffentlicher Einrichtungen und kritischer Infrastrukturen im Land Bremen wären derzeit auf einen länger anhaltenden Stromausfall und/oder die Unterbrechung der Wärmeversorgung vorbereitet? Welche Vorsorgemaßnahmen werden dagegen getroffen?
9. Wie bewertet der Senat den jetzigen Stand der Vorbereitung (einschließlich des Vorhandenseins der Notfallpläne für den Fall eines Stromausfalls und der Notstromgeneratoren) der Behörden, öffentlicher Einrichtungen, kritischer Infrastrukturen, wie etwa Krankenhäuser, der Polizei und der Feuerwehr im Land Bremen auf den Fall eines länger anhaltenden Stromausfalls und/oder der Unterbrechung der Wärmeversorgung? Wie steht Bremen im Verhältnis zu anderen Stadtstaaten oder Großstädten in vergleichbarer Größe da?
10. Wo sieht der Senat auch vor dem Hintergrund der jetzigen Situation Nachbesserungsbedarfe bei Präventivmaßnahmen gegen einen länger anhaltenden Stromausfall und/oder die Unterbrechung der Wärmeversorgung und welche Schritte sollen dafür unternommen werden?
11. Wie sensibilisiert der Senat die Bremerinnen und Bremer sowie Betriebe für die Vorsorge für den Stromausfall? Plant der Senat weitere Maßnahmen, wie etwa Informationskampagnen dafür, und wenn ja, wann und gegebenenfalls mit welchen Kooperationspartnern sollen diese umgesetzt werden?

12. Wie werden das Land Bremen und seine Behörden in die Umsetzung des Notfallplans Gas für die Bundesrepublik Deutschland je nach der Krisenstufe im Falle seiner Aktivierung einbezogen?
13. Wie sieht die Abschaltreihenfolge im Land Bremen im Falle der Aktivierung des Notfallplans Gas für die Bundesrepublik Deutschland aus?
 - 13.1 Gibt es auch eine festgelegte Abschaltreihenfolge innerhalb der Industrie und Wirtschaft im Land Bremen? Wenn ja, wie sieht diese aus? Wenn nein, wird diese Präzisierung der Abschaltreihenfolge vom Senat für nötig gehalten?
 - 13.2 Wie beurteilt der Senat die Betroffenheit der im Land Bremen beheimateten Industrien im Falle eines Strom- und Wärmeausfalls und sind schwere oder irreparable Schäden an ihren Anlagen und Produkten, zum Beispiel im Bereich der Herstellung von Glas, -waren und Keramik in diesem Fall zu befürchten?
 - 13.3 Werden diese industriellen Besonderheiten bei der Reihenfolge der notwendigen Abschaltungen von Industrieverbrauchern berücksichtigt, und wenn nein, welche Möglichkeiten bestehen, das sicherzustellen?
14. Wie schätzt der Senat die Auswirkungen eines möglichen kurz- und mittelfristigen Lieferstopps beziehungsweise des Teilstopps der Energieimporte von Gas, Öl und Kohle aus Russland sowie der steigenden Energiepreise auf die Wirtschaft sowie Bürgerinnen und Bürger im Land Bremen ein? Welche Maßnahmen zum Folgeausgleich auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene sind aus Sicht des Senats notwendig beziehungsweise müssen jetzt eingeleitet werden?
15. Welche politischen Entscheidungen und Vorgaben auf Bundesebene sind aus Sicht des Senats in den Bereichen Stahlproduktion und Flexibilität im Strombereich vor dem Hintergrund notwendig, dass Erdgas in beiden Bereichen einen wichtigen und längeren Zwischenschritt bis zum Zeitpunkt der Klimaneutralität nach den jetzigen Szenarien darstellt?
 - 15.1 Wie bewertet der Senat die politischen Optionen, die Erdgasverbrauchsmengen für diese beiden Bereiche mittelfristig und prioritär zu sichern beziehungsweise die erforderlichen Wasserstoffmengen schon viel früher als bisher geplant in diese beiden Bereiche zu kanalisieren?
 - 15.2 Wie will sich der Senat für die entsprechenden und notwendigen politischen Vorgaben auf Bundesebene einsetzen?
16. Wie bewertet der Senat die Aussage der swb im Weser-Report vom 9. März 2022, dass sie angesichts der gegenwärtigen Situation einen späteren Kohleausstieg als im Jahr 2023 erwägt?
17. Wie hoch schätzt der Senat die Risiken für die Fertigstellung und den Betrieb des Gas-Blockheizkraftwerks (BHKW) in Hastedt vor dem Hintergrund der Geschäftspartnerschaft mit Uniper ein?
18. Wird nach Einschätzung und Informationen des Senats die Fertigstellung des Gas-BHKW in Hastedt im Jahr 2022 gehalten und wann wird es konkret ans Netz gehen?
19. Bestehen Gaslieferverträge zwischen der swb und Uniper für das zukünftige Gas-BHKW in Hastedt? Wenn ja, kann Erdgas nach Hastedt beim Ausfall von Gas-Importen aus Russland nach Hastedt trotzdem geliefert werden und woher kann Erdgas dann kommen?
20. Welche Schritte und Maßnahmen plant der Senat kurzfristig, um den Ausbau erneuerbarer Energien im Land Bremen deutlich zu beschleunigen, und welcher Zeitplan wird dabei für Maßnahmen verfolgt?

21. Welche Maßnahmen und mit welchen Zeitplänen unternimmt und plant derzeit der Senat, um das Ziel für die Onshore-Windenergie in Höhe von 300 Megawatt (MW) bis 2030 und 350 bis 400 MW bis 2038 im Land Bremen zu erreichen? Welche Voraussetzungen auf Bundesebene sind für die Realisierung dieses Ziels aus Sicht des Senats erforderlich, und wie setzt sich der Senat für die Schaffung dieser Voraussetzungen auf Bundesebene ein?
22. Welchen Zeitplan verfolgt der Senat für die von der Enquetekommission empfohlenen Einzelfallprüfungen von Windenergiepotenzialen an den bestehenden und neuen Standorten, auch auf Grünflächen einschließlich der Landschaftsschutzgebiete, landwirtschaftlichen Flächen sowie in Gewerbegebieten auf der Grundlage der aktuellen Studie von WindGuard und Plangis? Welche Schritte wurden dafür bereits eingeleitet?
 - 22.1 Bis spätestens wann plant der Senat, die Einzelfallprüfungen abzuschließen und entsprechende Konzepte und Einzelfalllösungen vorzulegen, wie die Integration der Windenergieanlagen in die bestehenden Landschaftsschutzgebiete und Gewerbegebiete erfolgen kann?
 - 22.2 Welchen Zeitplan verfolgt der Senat für die Erstellung eines neuen Flächennutzungsplans und eines neuen Windenergiekonzeptes unter Berücksichtigung der Ergebnisse der aktuellen Studie von WindGuard und Plangis und der Einzelfallprüfungen?
23. Wie viele Solaranlagen mit welcher Leistung sind zwischen dem 1. Juli 2021 und dem 31. März 2022 auf öffentlichen Dächern im Konzern Bremen entstanden? Wie viele PV-Anlagen und mit welcher Leistung sollen bis Ende 2022 sowie in den Jahren 2023, 2024 und 2025 auf öffentlichen Dächern fertiggestellt werden?
24. Welche Schritte hat der Senat unternommen, um einen Solar-Ausbaupfad für städtische und landeseigene Immobilien und weitere öffentliche Verkehrs- und Freiflächen gebäudescharf zu definieren? Ist es sichergestellt, dass die Vorlage eines gebäudescharfen Ausbau- und Sanierungsfahrplans bis Ende 2022 durch den Senat tatsächlich erfolgt, wie dies die Enquetekommission empfohlen hat?
25. Mit welchen Maßnahmen will der Senat den PV-Ausbau im Land Bremen angesichts der jetzigen Krisensituation beschleunigt vorantreiben, und wie sieht der Zeitplan dafür aus?
26. Wie bewertet der Senat die Netzstabilität im Falle eines Stromausfalls sowie die Netzsicherheit im Land Bremen?
27. Wie ist das Land Bremen in die Sicherstellung der bundesweiten Netzstabilität eingebunden?
28. Wie bewertet der Senat die Rolle der Bundesnetzagentur zur Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit in der gegenwärtigen Krisensituation und in der mittelfristigen Perspektive? Wie ist das Land Bremen in die Tätigkeit der Bundesnetzagentur eingebunden?
29. In welchem Stadium befindet sich derzeit der Ausbau des Stromnetzes für die Umstellung des Stahlwerks auf die DRI-/Elektrostahl-Route, und welche Schritte sind demnächst geplant?
30. Welche Schritte hat der Senat unternommen beziehungsweise plant er zu unternehmen, um die Stärkung der Verteilnetze für den Roll-Out von Elektroautos und Wärmepumpen voranzutreiben?
31. Mit welchen konkreten Maßnahmen will der Senat die Sanierungen und die Energieeffizienz im Gebäudebereich a) bei privaten Haushalten, b) im GHD-Bereich und c) bei öffentlichen Gebäuden angesichts der gegenwärtigen Situation kurz- und mittelfristig unterstützen und beschleunigen? Welcher Zeitplan wird bei den einzelnen Maßnahmen verfolgt?

32. In welchem Planungsstadium befindet sich die kommunale Wärmeplanung und das Landeswärmegesetz, und wann werden diese den parlamentarischen Gremien zur Beratung und Beschlussfassung zugeleitet?
33. Welche Maßnahmen plant der Senat kurzfristig umzusetzen, um den Wasserstoffhochlauf im Land Bremen zu beschleunigen?
34. Welche Chancen und Risiken für die bremischen Häfen ergeben sich aus der Entscheidung der Bundesregierung, LNG-Terminals in Brunsbüttel und Wilhelmshafen zu bauen?
 - 34.1 Welche Auswirkungen haben die Entscheidung der Bundesregierung sowie die Pläne des Energiekonzerns RWE zur Errichtung eines Ammoniak-Importterminals in Brunsbüttel bis 2026 auf die Chancen, die bremischen Häfen als Import-Terminals für Derivate von grünem Wasserstoff zu etablieren?
 - 34.2 Wird dieser Umstand in der aktuell in Erstellung befindlichen Studie zu den Chancen für die bremischen Häfen als Wasserstoff-Importstandorte berücksichtigt?
 - 34.3 Welche Kooperationsmöglichkeiten ergeben sich daraus aus Sicht des Senats für das Land Bremen?
35. Sind dem Senat Veränderungen in den Strategien und Plänen anderer Stadtstaaten oder anderer deutscher Großstädte vergleichbarer Größe vor dem Hintergrund der jetzigen Situation bekannt, die auf die Reduktion der Abhängigkeit von russischen Energieimporten abzielen, und wenn ja, wie sehen diese aus?

Martin Michalik, Heiko Strohmann und Fraktion
der CDU